„Berliner Tageblatt“
erscheint täglich zweimal mit Ausnahme des Sonntags, an welchem es nur in einer Morgenausgabe ausgegeben wird. Man abonnirt außerhalb Berlins bei allen Post-Anstalten des deutschen Reiches, Oesterreich-Ungarns, der Schweiz, Italiens, Belgiens, Luxemburgs, der Niederlande (Holland), Dänemarks, Schwedens und Norwegens, Rußlands und der Donaufürsten; für alle übrigen Staaten ist der Bezug nur per Kreuzband durch die Expedition dieses Blattes möglich. In Berlin abonnirt man bei der Haupt-Expedition, Jerusalemerstraße 48/49; sowie deren Filialen: Friedrichstraße 66, Potsdamerstraße 59, Königstraße 56/57, Prinzenstraße 41, Alt-Moabit 138, Chausseestraße 16, Große Frankfurterstraße 106; ferner bei allen Stadtannoncen- und den Zeitungsspeditionen Berlins und der Vororte.
Chef-Redakteur: Arthur Levysohn in Berlin.

Abonnements-Preis
auf das „Berliner Tageblatt“ nebst „Handels-Zeitung“, sowie dem illustrirten Wochenblatt „ULK“, der neuesten Montags-Ausgabe „Zeitgeist“, der „Technischen Rundschau“, dem Sonntagsblatt „Deutsche Lesehalle“ und den „Mittheilungen über Landwirthschaft, Gartenbau und Hauswirthschaft“ durch die Post bezogen vierteljährlich 5 Mark 25 Pf., Rußland excl. Postaufschlag; bei directer Zusendung unter Kreuzband 14 M. pro Quartal (für Berlin bei täglich zweimaliger Zustellung vierteljährlich 6 M., monatlich 2 M.) — Inserate à Zeile 50 Pf. („General-Anzeiger“ 30 Pf.) werden in der Expedition Jerusalemerstraße 48/49, sowie deren Filialen: Friedrichstraße 66, Potsdamerstraße 59, Königstraße 56/57, Prinzenstraße 41, Alt-Moabit 138, Chausseestraße 16, Große Frankfurterstraße 106 angenommen.
Druck und Verlag von Rudolf Mosse in Berlin.

Berliner Tageblatt.

Nummer 331. Berlin, Sonntag, den 3. Juli 1898. XXVII. Jahrgang.

Politische Wochenschau.

Von
Arthur Levysohn.

Vor seiner Nordlandsreise hat der Kaiser in Kiel, wie üblich, den Vortrag des Reichskanzlers entgegengenommen. Es gehört keine besondere Findigkeit dazu, um zu der Annahme zu gelangen, daß die pièce de résistance dieses Vortrages diesmal in einem eingehenden Bericht über die Reichstagswahlen bestanden haben wird. Die Regierung als solche hat kaum Ursache, mit dem Ergebniß der Abstimmung, namentlich wie es sich in den Stichwahlen rektifizirt hat, sonderlich unzufrieden zu sein. Hat auch die „Sammlungs-“ Politik des Herrn Miquel nicht die erhofften Früchte getragen, so wird wohl die Reichsregierung als solche wenig Lust besitzen, über das Fiasko des Vizepräsidenten im preußischen Staatsministerium in Sack und Asche zu trauern. In der Wilhelmstraße wird man ohne Zweifel geneigt gewesen sein, den moralischen Eindruck der halben Niederlage, die der Sozialdemokratie in Berlin bereitet worden ist, ziemlich hoch zu veranschlagen. Dazu kommt, daß die sonstigen hohen Erwartungen der Sozialdemokraten, was die Zahl der errungenen Mandate anbetrifft, sich nicht zu verwirklichen vermochten. Acht neue Sitze sind ihnen allerdings zu Theil geworden — aber dieser Gewinn ist nicht im Stande, ihr parlamentarisches Schwergewicht wesentlich zu erhöhen.

Freilich die Thatsache, daß die Sozialdemokratie sich in den rein ländlichen Bezirken namentlich Ost-Elbiens in unerwarteter Weise einzunisten verstand, muß auch den eingefleischtesten Optimisten im Regierungslager ernstlich zu denken geben. Man war bisher gewöhnt, die Industriearbeiter in den Centren des Gewerbefleißes als die Beute der Marxschen Lehren in Bebel-Liebknechtischer Verwässerung anzusehen, als eine Beute, die Niemand mehr den leitenden „Genossen“ streitig machen könne. Aber nun auch auf den eigensten Gebieten der Agrarier die „Irrlehre“ an Verbreitung gewinnen zu sehen, macht doch auch die Schönfärber von Profession in den Staats- und Reichsämtern einigermaßen ängstlich. Vielleicht, daß man dadurch zu dem Schlusse gelangt, daß das so viel gepriesene patriarchalische System unseres Großgrundbesitzes doch nicht jenes Allheilmittel gegen soziale Schäden darbietet, das man so lange darin zu erblicken pflegte.

Deshalb mag man es auch wohl in der Umgebung des Reichskanzlers nicht ohne eine kleine Genugthuung vermerkt haben, daß die Bäume des Bundes der Landwirthe, im Gegensatze zu den Großprahlereien seiner Mitglieder und Dirigenten, durch das Wahlresultat durchaus nicht in den Himmel gewachsen zu sein scheinen. Die reinen Landbündler haben bekanntlich bescheiden genug abgeschnitten, und in jenen Regierungskreisen, in denen man sich noch nicht entschlossen hat, den Landbündlern blindlings Ordre zu pariren, wird man mit einem heiteren, einem nassen Auge von der Thatsache Kenntniß genommen haben, daß die extremen Agrarier durchaus nicht gestärkt aus der Wahlkampagne hervorgegangen sind. Die Methode der „kleinen Mittel“ wird also wohl weiter befolgt werden, und die „großen Mittel“ der Kanitz und Genossen dürften nach wie vor vom Regierungsprogramm ausgeschlossen bleiben.

So kann im Reiche das Viergespann Hohenlohe-Bülow-Tirpitz-Thielmann seinen sehr gemäßigten Trab weiter riskiren, ohne befürchten zu müssen, durch agrarische Kutscher in ein anderes Tempo gesuchtelt zu werden, das den vier Staatsmännern augenscheinlich wenig behagt. Freilich die Sicherheit, mit der sie den Reichskarren ziehen, hängt zum großen Theil davon ab, in welcher Art sie im Stande sind, sich auch fernerhin mit dem Centrum auf guten Fuß zu setzen. In der abgelaufenen Legislaturperiode hat das Centrum sich als durchaus willfähriges Regierungsinstrument im Sinne des Reichsgedankens erwiesen. Mit seiner Hilfe vermochte der Reichskanzler Erfolge zu erzielen, die ihm von rein „nationalen“ Parlamenten schwerlich so bereitwillig zur Verfügung gestellt worden wären. Die Tage, in denen ein Fürst Bismarck sich den Luxus gestatten konnte, die größte Partei des Reichstages als eine Partei von Reichsfeinden auf den politischen Index zu setzen, sind unwiederbringlich dahin. Das Centrum hat sein reichstreues Herz entdeckt, und es wirkt mit zu Schirm und Schutz des Reiches, auch ohne daß man seine Hilfe auf Schritt und Tritt durch gefährliche Zugeständnisse erkaufen müßte. Allerdings thut es damit vom Standpunkte des Patrioten aus nur seine verfluchte Pflicht und Schuldigkeit, — aber man hatte sich so sehr daran gewöhnt, die Centrumsvertreter als undeutsche Reichsfeinde markirt zu sehen, daß man jetzt doppelte Freude darüber empfinden kann, wenn man wahrnimmt, daß diese Centrumswilden doch bessere Menschen sind, als die Bismarckschen Brillenglaser, durch die man sie so lange betrachtet hatte, sie erscheinen ließen.

So kann sich denn Fürst Hohenlohe, über diesen Punkt beruhigt, der Betrachtung der auswärtigen Angelegenheiten widmen, selbst wenn ihm im Reiche Graf Posadowsky als deutscher Miquel und in Preußen Herr v. Miquel als preußischer Posadowsky hin und wieder trübe Stunden bereiten sollten. Die Leitung unserer auswärtigen Angelegenheiten wurde inzwischen wohl zumeist von den Eröffnungen in Anspruch genommen, die man in der Wilhelmstraße genöthigt war, der amerikanischen Diplomatie zu machen, die uns gewisser schwarzer Pläne mit Bezug auf die Philippinen zu zeihen versuchte. Man ließ dem deutschen Reiche gratis et frustra sehr eigenthümliche Absichten für den Fall, daß die Vereinigten Staaten die Annexion der Philippinen verwirklichen würden. Absichten, die man in unserem Auswärtigen Amte in der Lage war, als völlig unzutreffend hinzustellen. In der That denkt man in unseren maßgebenden Regionen schwerlich daran, sich in isolirter Weise in den spanisch-amerikanischen Kampf einzumischen. Deutschland ist von nichts weiter entfernt als von der napoleonischen Politik der Kompensationen, die stets eine Forderung bei der Hand hatte, sobald ein anderer Staat durch das Glück der Waffen in die Lage kam, seine Besitzthümer zu arrondiren. Deutschlands Stellung zu etwaigen amerikanischen Besitzergreifungen im äußersten Osten bleibt jedenfalls dem Verhalten untergeordnet, das Rußland und Frankreich einzunehmen für gut befinden werden, da diese beiden Länder nun einmal in jenen Gegenden mit uns zu gemeinschaftlichem Handeln verbunden sind.

Die angekündigten glänzenden Erfolge der amerikanischen Waffen vor Manila lassen allerdings seit der Vernichtung der spanischen Holzschiffflotte in jenen Gewässern ein wenig auf sich warten. Die neuen Verstärkungen, die von San Francisco aus bei Admiral Dewey eintreffen sollten, sind noch immer unterwegs. Freilich ist auch der spanische Versuch, eine Entsatzflotte unter Admiral Camara nach Manila zu entsenden, so sehr unter dem Motto „Eile mit Weile“ unternommen worden, daß die Beklemmungen der Union über diese Hilfsexpedition nur schwer verständlich sind. Mit englischer Hilfe hat man die Fahrt des spanischen Geschwaders durch den Suezkanal überaus zu verlangsamen vermocht, so daß voraussichtlich Manila, ehe Admiral Camara ihm nahe kommt, sich längst in den Händen der Amerikaner oder der Tagalen-Insurgenten unter Aguinaldo befinden wird. Fünf deutsche Kriegsschiffe unter Admiral Diederichs warten den Eintritt dieser Katastrophe ab, um nöthigenfalls unsere in Manila wohnenden Landesangehörigen schützen zu können.

Was aber die amerikanische Kriegführung auf der Insel Kuba anbelangt, so hatten sich am Monatsende die so beliebten Ultimo-Enten des Reuterschen Büreaus pünktlich eingestellt. Der angebliche Tod des amerikanischen Kommodore Schley mit sechzehn Matrosen auf dem ebenso angeblich von den Spaniern angeschossenen Kreuzer „Brooklyn“ hat sich demzufolge nicht bewahrheitet. Die falsche Meldung hatte ihre Wirkung gethan, als der erste Juli vorüber war. Man verlor kein Wort mehr darüber in den Reuter-Telegrammen. Ueberhaupt ist selten so kühn mit der Wahrheit verfahren worden wie in diesem Kriege, und das Genre der Preßschiffleugenden hat die in früheren Volkerkämpfen so gern gelesenen Vorpostenmärchen höchst erfolgreich abgelöst. Inzwischen haben freilich die Landungsmannschaften der Vereinigten Staaten unter General Shafter bei Santiago de Kuba recht erfolgreich operirt. Den Spaniern, die sich in die Festung einschließen ließen, und denen kein Ersatzheer Erleichterung zu bringen vermochte, fehlt jede Initiative, jede Energie, so daß der Fall von Santiago nur noch eine Frage von Stunden, höchstens von Tagen zu sein scheint.

Unter diesen Umständen kann es nicht Wunder nehmen, daß man in Madrid und Barcelona immer wieder die Friedensfrage in die Erörterung zieht. Man möchte, daß die europäischen Kabinette sich zu einer Dazwischenkunft entschlössen. Aber Rußland, das dazu geneigt wäre, wartet auf Frankreich, seinen Alliirten, und Frankreich hat keine Zeit dazu, da es sich mit Ministerkrisen zu beschäftigen hat. Der mit dem Kabinet Méline gestürzte Hanotaux fehlt den Friedensfreunden an allen Ecken und Enden. Er besaß Erfahrung und eine gewisse Geltung in der diplomatischen Welt, die sich sein Nachfolger Delcassé erst wird mühsam erwerben müssen. Das radikale Ministerium Brisson, dem der Beitritt Cavaignacs als Civilkriegsminister erst die eigentliche Bedeutung verlieh, debutirte vor der Kammer mit einem sehr maßvollen Reformprogramm, dessen eine Hälfte ihm die Stimmen der Linken, dessen andere Hälfte ihm die Stimmen der gemäßigten Republikaner, dessen Gesammtheit ihm eine Majorität schaffte, auf die nur Wenige mit Sicherheit gerechnet hatten. Den wahren Prüfstein für die Lebensfähigkeit der neuen Regierung wird erst die Dreyfus-Debatte am nächsten Donnerstag abgeben. Bis dahin wird man den Herren Brisson und Cavaignac das Horoskop nicht stellen dürfen.

Glücklicher als diese französischen Radikalen scheint in Italien der neue Premier General Pelloux operiren zu sollen. Ihm gelang es wenigstens, ein einigermaßen homogenes Kabinet aus den verschiedenen Schattirungen der Linken zusammenzustellen, das hoffentlich auf jenes System der Säbelherrschaft verzichten wird, mit dessen Hilfe sich Rudini während der letzten Wochen über Wasser zu halten versuchte.

---

* In parlamentarischen Kreisen verlautet, daß mit Rücksicht auf die großen britischen Handelsinteressen in **China** die **Errichtung** eines besonderen **kommerziellen Departements**, das der Pekinger Gesandtschaft unterstellt sein soll, in Aussicht genommen ist. Die neue Abtheilung wird in Verbindung mit den britischen Konsulaten Chinas und zwar nur mit Leuten besetzt werden, die eine genaue Kenntniß der Provinzialregierung sowie der gebräuchlichsten chinesischen Idiome haben. Man verspricht sich hiervon einen großen Aufschwung der anglo-chinesischen Beziehungen. Mr. Herberth, der der sogenannten chinesischen Parlamentskommission in London angehört, ist einer der Hauptbefürworter dieses Planes.

---

* Das **Oberverwaltungsgericht** hat jetzt in letzter Instanz zu entscheiden, ob die **„kaufmännische Vereinigung“**, die sich im **Feenpalast** nach der Auflösung der Berliner Produktenbörse, als eine Börse im Sinne des Börsengesetzes zu betrachten ist. Zu Kürze die Hauptdaten:

Am 1. Juli 1897 trat für die Berliner Produktenbörse die neue auf Grund des Börsengesetzes vom Handelsminister erlassene Börsenordnung in Kraft, laut welcher der Vorstand der Produktenbörse außer den kaufmännischen noch 5 vom Landwirthschaftsminister ernannten Vertreter der Landwirthschaft und zwei vom Handelsminister zu ernennende Vertreter der Müllerei enthalten sollte. Außerdem traf die Feststellung von Geschäftsordnung nach Bestimmungen vor, welche von Mitgliedern der Produktenbörse als unnützes und unausführbar erklärt gingen über die Strafe „Lester Lloyd“ 2. Januar verliefen. Mitglieder der Produktenbörse im letzten Jahre im „Feenpalast“ und die den „Verein Berliner Getreide- und Produktenhändler“ verbunden hat zum Börsengesetz kommen. Nach Produzenten Mitglieder Vorschriften über den Geschäftsverkehr existirten nicht. Börsentermingeschäfte in Getreide und Mehl verboten. Sodann gab es auch Verkäufen waren statutenmäßig verbieten. Die Preisfestsetzung; Preise, die an die Oeffentlichkeit gelangten, beruhten auf jeder Kontrole und Zuverlässigkeit entbehrenden Vermuthungen.

Seitens des Vorführers der Vereinigung wurde nun der Feenpalast für eine „Winkelbörse“ erklärt. Auf ihr Drängen erfolgte Umgehung des Börsengesetzes. Die Regierung, diese Frage zur Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts zu bringen, am 11. Mai 1897 erließ infolgedessen der Oberpräsident v. Achenbach eine Aufforderung an die Vereinigung, behufs Genehmigung eine dem Börsengesetz entsprechende Börsenordnung vorzulegen. Da die Vereinigung diese ablehnte, erließ am 11. Juni die bekannte Verfügung des Berliner Polizeipräsidiums, welche die Versammlungen im Feenpalast als unzulässig erklärte, die Versammlungen nun untersagte, das Börsengesetz der Zuwiderhandlung „unmittelbaren Zwang“ auf. Für den Fall die Vereinigung im Feenpalast fortzusetzen, wurde Zwang angedroht. Darauf ging die Vereinigung im Feenpalast sofort aus einander. Der Getreidehandel hat sich in der Weise, daß er eine Reihe von Kontoren neben einander errichtete und nun das Geschäft von den Kontoren aus betrieb. Der Vorstand der Vereinigung aber erhob Klage zu Berlin am 20. November 1897 die Verfügung des Polizeipräsidiums aufhob. Der Hauptpunkt in der Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts war, daß nach dem Börsengesetz mindestens eine Organisation vorausgesetzt werden müsse, welche eine zuverlässige Preisermittelung und Preisfeststellung ermöglicht. Eine solche Preisorganisation hatte aber der „Feenpalast“ nicht; und die durch Private vorgenommenen und öffentlichten Preisermittelungen entbehrten notorisch jeder Zuverlässigkeit. Darauf wurde das Oberverwaltungsgericht in Anspruch genommen, das gestern zu entscheiden hatte.

So der bisherige Gang der Dinge. Zur Stunde einer die Entscheidung, wie unsere Leser aus der Handels-Zeitung des gestrigen Abendblattes wissen, noch nicht vor: sie ist vorläufig ausgesetzt worden. Gleichviel wie sie ausfällt, eines verdient in diesem Augenblick wieder in Erinnerung gebracht zu werden, daß vor wenigen Wochen, in der Mitte vorigen Monats, unter Hinweis auf diese Entscheidung ein hochkonservatives Organ, die jetzt ihr Jubelfest feiernde „Kreuz-Zeitung“, die Stirn hatte, mit einer „Reform des Oberverwaltungsgerichtes“ zu drohen, „von dem man unter Umständen ein verständiges Eingehen auf die Wünschen der Gesetzgebung erwarten“ dürfe, falls die Unterscheidung im Sinne der ersten Instanz, also ebenso auf Aufhebung der Verfügung des Berliner Polizeipräsidiums, lauten würde. (Siehe übrigens auch die Handelszeitung der heutigen Nummer.)

---

* Dem **Bund der Landwirthe** wird schon wieder ein **neues Geschäftchen**, diesmal von der „Freisinnigen Zeitung“ vorgerechnet, bei dem der Profit noch viel höher war als bei der Thomasphosphatmehlgeschichte. Es handelt sich um Kalisalze, die der Bund von der Deutschen Landwirthschaftsgesellschaft bezogen hat, ohne seinen Bestellern denjenigen Rabatt zu gewähren, den zu vergüten er sich der Deutschen Landwirthschaftsgesellschaft gegenüber verpflichtet hat. In einem Jahre — die Jahreszahl wird in der „Fr. Ztg.“ nicht genannt — hat die Deutsche Landwirthschaftsgesellschaft an den Doppelcentner Kainit an den Bund der Landwirthe eine Rückvergütung von 18 Pfennig gezahlt, die dieser vertraglich unverkürzt den Bestellern zu Gute kommen zu lassen verpflichtet war. Der Bund der Landwirthe aber machte an der Spitze seines Blattes bekannt:

„Wir sind in der glücklichen Lage, unseren Mitgliedern mittheilen zu können, daß wir auf Kainitmehl nicht weniger als 12 Pfennig pro Doppelcentner unseren Bestellern zurückvergüten können.“

Bei der großen Menge Kalisalze, die durch den Bund bezogen werden, müssen die vielfachen 6 Pfennig ein ganz hübsches Sümmchen ausgemacht haben. Jetzt kann das Verdächtigungsspiel wie beim Thomasmehl von Neuem beginnen. Man wird diesmal aber auf schnellere Antwort rechnen müssen als bei ähnlichen Gelegenheiten, da die Entschuldigung, die auf Wahlkreisen abwesenden Vorstandsmitglieder seien telegraphisch nicht zu erreichen, nicht mehr zu gebrauchen ist.

---

* **Der „verbesserte“ Herr v. Poschinger!** Wie Herr v. Poschinger in der ersten Ausgabe des vierten Bandes seines Werkes „Fürst Bismarck und der Bundesrath“ über den bairischen Gesandten und Bundesrathsbevollmächtigten Grafen Lerchenfeld-Koefering dachte, das wissen unsere Leser aus dem Artikel „Bismarckiana“. Wie Herr v. Poschinger jetzt, natürlich auf Grund inzwischen eingeholter zuverlässigerer Informationen, nach etwa vierzehn Tagen über denselben Grafen Lerchenfeld denken muß, darüber belehrt uns die neue „verbesserte“ Ausgabe des vielgenannten vierten Bandes. Da heißt es denn wörtlich wie folgt:

Hierzu für die Berliner Abonnenten „Deutsche Lesehalle“ Nr. 27.